

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst
für die Frau- und Jugendzeitung einschließlich monatlich 80 Pf.
Zusatz der Post bezogen vierteljährlich M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und
Esterreich-Ungarn M. 3.—. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zingstraße 14, D. Tel. 3466.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Gr. Zingstraße 14. Tel. 1769.
Verlagszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Insertats werden die 6spaltigen Zeitzeile mit 20 Pf. berechnet, bei dreimaliger
Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Insertats müssen
bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im
Vorhand zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41.

Dresden, Donnerstag den 20. Februar 1913.

24. Jahrg.

Das Mannheimer Schiedsurteil, durch das
1000 organisierte Arbeiter zu 21 Jahren Gefängnis verurteilt
wurden, ist vom Reichsgericht aufgehoben worden.

Der Parteivorstand der französischen Sozialdemokratie ver-
öffentlicht einen Protest gegen den deutsch-französischen Rüstungs-
wettbewerb.

Die rumänisch-bulgarische Streitfrage soll den
Rätern zur Entscheidung unterbreitet werden.

Auf das Haus des englischen Schatzkanzlers Lloyd George
ist ein Bombenanschlag verübt worden.

Um die Jesuiten.

Im Jahre 1904 hat der Reichstag einen Antrag der
Zentrumsparlei, der die Aufhebung des Restes des Jesuiten-
gesetzes von 1872 forderte, zum Beschluß erhoben. Seitdem
hat das Zentrum in der anschließenden Reihe der Jahre es
nicht für erforderlich gehalten, den Kampf gegen dieses Aus-
nahmengesetz zu erneuern. Auch in den Jahren, da das
Zentrum auf der Höhe seines Einflusses stand, hat es diese seine
angelegte Forderung gänzlich zurückgestellt. Wenn es aber
gerade jetzt den alten Kampf wieder aufnimmt, so ist es von
vornherein außer Zweifel, daß es damit besondere partei-
politische Zwecke verfolgt. Das Zentrum fällt sich im jetzigen
Staatstag höchst ungemütlich; es bietet alle seine Kräfte auf,
es will die schon so verworrene politische Situation vollends
verwirren, um im trübsten Merksale Bild zu jagen. Es er-
wartet sich die Gerichte, daß das Zentrum nicht bloß auf
den Sturz des Reichskanzlers, sondern auch auf
die Reichstagsauflösung hinmanövriert, in der
Erwartung, dann wieder mit den Konservativen die
Majorität zu erlangen. Aus der Empfindung, daß auch der
Zentrumsantrag nur ein Glied in der Kette der tatsächlichen
Wohlfahrten des Zentrums sei, erklärt sich die Spannung,
mit der man vielfach dem Verlauf der Reichstagsberatung
über die Jesuitenfrage entgegensteht. Der Ansturm des
Publikums auf die Tribünen des Reichstags war ein außer-
ordentlich großer, viele mußten umkehren, ohne Eintritt zu
finden.

Der Verlauf der Debatte selbst ließ allerdings fast nichts
daran bemerken, daß es sich um eine Staatsaktion handele.
Die Regierungsbänke hoben sich in ihrer Keere von den ge-
wöhnlichen Tribünen ab, der Reichskanzler und sein Ge-
folge hielten sich, wie stets bei Initiativanträgen aus dem
Recht, fern von der Beratung. Und die Reden sowohl des
Zentrums wie der liberalen Jesuitenbekämpfer behandelten
nicht von Leidenschaft und Erregung. Für den schärferen
Wohlfahrten zeigte sich deutlich genug, daß diese ganze Jesuiten-
frage für beide Teile, für das Zentrum wie für die Liberalen
und Konservativen, nichts ist als ein Spektakel, gut genug,
um gewisse Volksteile zu blenden und zu beirren. Dem
Zentrum dient die Fortdauer des Ausnahmengesetzes, um zu
gewisser Stunde die katholischen Wähler gegen die Unter-
breitung der Kirche aufzubringen und das Zentrum als Hort
des Glaubens und der Gewissensfreiheit vorzubringen. Den
Konservativen und noch mehr den Liberalen dient daselbe
Ausnahmengesetz, um sich als tapfere Streiter wider Jesuiterei
und Materialismus aufzuspielen.

Die kurze Begründungsrede, die Dr. Spahn für den
Zentrumsantrag hielt, war noch matter als die meisten An-
sprachen dieses Zentrumsführers. Er betonte, daß die Jesuiten
heute den Fortschritt verdienen, Eider der religiösen
Lebens zu sein, und daß die Fernhaltung der Jesuiten von
der ganzen katholischen Bevölkerung als ein unerträgliches
Ausnahmengesetz empfunden werde. Die sozialdemokratische
Bewegung zum Jesuitengesetz legte unser Parteigenosse Hoff-
mann-Kauleiter in Ausführungen dar, die gute Sach-
kenntnis zeigten und sich durch manche eigenartige und den
Gegner scharf treffende Bemerkung auszeichneten. Aus dem
Zentrumskreise kamen zunächst unser Redner mehrmals
Verwältigungsursache, als er die Lächerlichkeit und Ungerechtigkeit auch dieses
Ausnahmengesetzes kennzeichnete. Aber die Zentrumsleute ge-
neten bald in betretene Verlegenheit, als der Redner in sehr
rennen Worten das heuchlerische Widerspruchsvolle der Zentrums-
politik an den Pranger stellte.

Nach der auch in der Form sehr reizvollen und vom
ganzen Hause mit großer Aufmerksamkeit gehörten Rede Hoff-
manns fiel der Leipziger Rationalliberale Dr. Zund gar
flüchtig ab. Dieser sonst gewiß nicht ungewandte Mann wußte
nur in einigen dürftigen Worten das alte Lied von der Ge-
fährlichkeit der Jesuiten und von den Ansprüchen der Kirche zu
kammeln. Und nur am Schluß gab es einen plötzlichen
Kompetenzstoß: die Regierung solle recht bald Ja oder
Nein zu diesem Antrag sagen und — schnell — die große
nationale Frage der Vermehrung der Wehr-
kraft dem Reichstag vorlegen!

Dieses ist größtes Schlusswort der sonst so armseligen
Rede des Dr. Zund offenbar die Stimmungen und Hoffnungen,
denen sich die Nationalliberalen wieder hinzugeben begannen.
Sie sind trotz allen Erklärungen nicht genug, sich von den

schlechten Zentrumsstimmungen aufs Blattels führen zu lassen.
Sie bilden sich ein, mit Weismann-Vollweg eine günstige
Wahlchance unter der Parole: für Wehrvermehrung und
gegen die Jesuiten! schlagen zu können. Es stimmt zu diesen
Hoffnungen, daß die Nationalliberalen die zunächst von ihnen
gezeigte Bereitschaft wieder aufgegeben haben, der Auf-
hebung des Jesuitengesetzes zugestimmen, falls
zugleich der § 166 des Strafgesetzbuchs, soweit er
den Ordensgesellschaften einen besonderen Schutz gegen Ver-
teidigungen gibt, aufgehoben werde!

Am Zämmertlichkeit übertrufen wurden die National-
liberalen noch von den „Fortschrittlichen“. Diese haben sich nun
in ihrer großen Mehrheit auch zu Befürwortern des Jesuiten-
gesetzes durchgemauert. Sie bewerkstelligen diesen elenden
Umschwung, indem sie erklären, dieses Ausnahmengesetz sei — kein
Ausnahmengesetz, es handle sich nur um „eine individualisierende
Behandlung“ der religiösen Ordensgesellschaften. Nur einige
wenige von der fortschrittlichen Fraktion stimmten für die Auf-
hebung des Gesetzes, so v. Bayer, Brabant, Kerschensperger.
Der Zentrumsantrag konnte, da die meisten Parteien
sich die rednerischen Anstöße fast ganz schenken und sich auf
kurze Erklärungen beschränkten, in der einen Sitzung in allen
drei Lesungen erledigt werden. Die Aufhebung des Jesuiten-
gesetzes wurde mit großer Mehrheit, die sich hauptsächlich aus
Zentrum und Sozialdemokratie zusammensetzte, beschlossen.

Es ist zweifellos, daß die Regierungen des Reichstags
wissen ja, daß dieser Jesuitenpopanz noch immer ein
gar brauchbares politisches Gaußermittel ist sowohl für die
Jesuitenführer vom Zentrum wie für die Jesuitenführer auf
der anderen Seite. Die deutsche Arbeiterklasse aber
weiß, was sie von diesem Komödientenspiel aller Parteien
zu halten hat. Sie kennt ihre wahren Interessen. Sie
wird auch auf dem Posten sein, falls es wirklich gelten wird,
eine Reichstagswahlschlacht zu schlagen, in der Jesuiten
und Soldaten Scheingegensätze gegen einander aufzuführen sollen!

Der Rüstungstaumel.

Die Ankündigung der großen deutschen Militärvorlage
wird ganz Europa in eine neue Phase des allgemeinen furcht-
baren Rüstungswettlaufes stürzen. Die deutschen Wehrvereiner
können sich das kulturelle Verdienst belohnen, die Völker
Europas einem Wettlauf der Rüstungen zu überliefern, der
alle militärische Lächerlichkeit der vergangenen Jahre noch weit
überholt.

Ängstlich war eine leise Hoffnung aufgefliegen, daß die
internationale Situation sich günstiger gestalten könne. Der
Staatssekretär des Auswärtigen Amtes v. Jagow gab in
der Budgetkommission des Reichstages Mitteilung über die
freundliche Gestaltung der Beziehungen zwischen Deutsch-
land und England, und Herr v. Tirpitz sprach von der
Annehmbarkeit des gegenwärtig vorhandenen Verhältnisses
im Flottenbestand der beiden Länder. Das jetzt heraus-
gegebene Protokoll der Budgetkommission, das
jenseitig nur in knapper Form bekannt gegeben
Erklärungen der beiden Staatssekretäre ausführlicher wiederholt,
ist sogar geeignet, den günstigen Eindruck zu verstärken. Der
Staatssekretär des Auswärtigen hat danach nicht nur von
„offenen, von vollem Vertrauen getragenen Aussprachen zwischen
London und uns“ während aller Phasen der Balkankrisis ge-
sprochen, sondern auch die „gleichen realen Interessen“ betont,
die wir vielfach mit England haben, und er hat die Hoffnung
ausgesprochen, daß „wir auch weiter mit England arbeiten
und viellecht einen können“. Alle Hoffnungen, die aus
diesen Mitteilungen erwachsen durften, werden nun im
Reins gerückt durch die schroffe Ausprägung aller
Verhältnisse, die durch die kolossalen deutschen Rüstungspläne
bewirkt wird. Die Möglichkeit einer internationalen Ver-
rühigung wird völlig zurückgedrängt, und neue Panik befällt
die Nationen.

Ist es ein Wunder, daß das französische Volk sich durch
die neue deutsche Militärvorlage in höchstem Maße bedroht
fühlt? Vergebens mögen unsere Militaristen sagen, die neue
Wehrvermehrung sei nicht gegen Frankreich gerichtet, sondern
durch die Veränderung der Verhältnisse auf dem Balkan, durch
die zunehmende Macht des Slaventums verursacht. Frankreich
sagt sich, daß die schon bisher vorhandene Lächerlichkeit der
deutschen Wehrmacht durch die vollständige Veranziehung
aller Wehrfähigen noch ungeheuer gesteigert werden wird.
Die französische Presse ist in größter Erregung geraten. Sie
fordert ungestüm Gegenmaßnahmen. Sie erklärt, Frankreich
fühle sich bei der Mitteilung der neuen militärischen An-
strengungen Deutschlands bis in sein Herz bedroht. Sie
glaubt, daß die liebenswürdigen Worte, die von deutscher
Seite jetzt an England gerichtet werden, nur ein schlaues
Mandier bedeuten. Sie befürchtet einen furchtbaren Angriff
Deutschlands und fragt erschreckt: Sollen wir noch einmal
zwei Provinzen verlieren?

Die deutsche Militärvorlage von 1912 sollte nach den
Erklärungen des preussischen Kriegsministers die vollste
Sicherheit für Deutschland bringen. In der Tat konnte das
französische Volk auch schon zuvor sich längst nicht mit der
deutschen Wehrstärke messen. Die Zahlen der menschlichen

Wehrstärke konnten nur durch Einreihung vieler un-
genügend wehrfähiger Soldaten erreicht werden und zum Teil
standen sie nur auf dem Papier. Es ist klar, daß ein Volk
von 40 Millionen nicht mit einem Volke von mehr als
66 Millionen an Soldatenzahl mithalten kann. Obwohl
also Frankreich längst weit unterlegen ist, nun dennoch die
gewaltige Vermehrung des deutschen Präsenzstandes!

In Frankreich geht man daran, übermenschliches auf-
zubieten, um dennoch den deutschen Wehrrüstungen ein Gegen-
gewicht zu bieten. Man ruft danach, daß die Handwerker-
und Verwaltungsarbeiten, die bisher von Soldaten besorgt
wurden, an bürgerliche Leute übertragen werden, damit auf
diese Weise eine gewisse Zahl Soldaten mehr in die Truppen-
teile eingestellt werden kann. Man denkt an stärkere Rekruti-
erung unter den Eingeborenen Nordafrikas. Und vor allem,
man will die zweijährige Dienstzeit wieder durch die drei-
jährige Dienstzeit ersetzen. Nicht als ob dieses Opfer
aus Gründen der soldatischen Ausbildung erforderlich wäre,
sondern lediglich, um für die Mobilmachung eine so viel
größere Macht sofort bereit zu haben. Die französische Re-
gierung ist ohne weiteres bereit, solchen Forderungen wenigstens
zum Teil Rechnung zu tragen. Mindestens soll für die
Artillerie und Kavallerie die dreijährige Dienstzeit wieder
eingeführt werden. Große Wehrkredite — man spricht von
520 Millionen für die nächsten Jahre — sollen bewilligt
werden für Verbesserung und Vermehrung des Artillerie-
materials, der Munition und anderer Dinge.

Hüt wahr, auf die deutsche Militärvorlage, ehe sie noch
in ihrem ganzen Umfange bekannt ist, antwortet ein Echo des
Schreckens und des Hornes. Dahin bringt es das militärische
Triebstücken, daß man sogar der barbarischste Rückschritt in der
Wehrverfassung in Aussicht steht: Statt Verkürzung der Dienst-
zeit Verlängerung auf drei Jahre! Deutschland will jetzt dem
Militarismus den Gefallen erweisen, daß auch der letzte wehr-
fähige Mann auf zwei Jahre in die Kaserne gesteckt wird —
wie lange noch und man wird auch bei uns, unter Berufung
auf irgendwelche internationale Veränderungen und angebliche
Gefahren, erklären: zurück zur dreijährigen Dienstzeit! Und
zugleich werden immer fabelhaftere Willkür für das Rüstungs-
spiel verschleudert. Angesichts dieses ungeheuerlichen Treibens
muß die Zivilisation das Haupt verhallen.

Die Arbeiter und alle kulturell Denkenden weisen die
Verantwortung für die neue furchtbare Kera der Rüstungen
weit von sich. Die Sozialdemokratie wird dem neuen Unheil,
das ganz Europa furchtbar befällt, mit aller Kraft und Ent-
schlossenheit entgegenzutreten. Sie fordert in diesen entscheidungs-
schweren Tagen mehr denn je, daß Deutschland seine Bezie-
hungen zu England reblich und ernsthaft verbessert. Das würde
jede denkbare Gewähr gegen die von den chauvinistischen Welt-
politikern vorgegaukelte „slawische Gefahr“ herbeiführen. Dann
wäre es unnötig, neue Soldatenmassen einzureihen und neue
Milliarden aus der Völker Arbeit zu pressen!

Das Rüstungschaos in Frankreich.

Von unserem Korrespondenten.

gr. Paris, 19. Februar.

Die Ankündigung der neuen deutschen Rüstungsvorlage, die
den Mannschaffsbestand der deutschen Armee auf einen Schlag ge-
waltig steigern sollen, hat in Frankreich eine sehr große Aufregung
herbeigeführt. In langen Besprechungen aus Berlin und in kritischen
Berichtungen werden die Folgen der kommenden Aufrüstung be-
sprochen, und ausnahmslos wird der Ansicht Ausdruck verliehen, daß
sie sich nur gegen Frankreich richten kann. Den chauvinistischen
Politikern hat die Regierung Wilhelm des Zweiten und Bethmann-
Hollwegs das Handwerk sehr leicht gemacht: sie können diesmal auf
alle Phrasen verzichten und den brutalen Hinweis auf die deutschen
Rüstungen dazu benutzen, um die französische Regierung aufzufor-
dern, welches mit Gleichem zu beantworten. „Wir sind im kritischsten
Augenblick unserer Geschichte seit 1870 angelangt“, schreibt die tabu-
feste Aktion in ihrer gestrigen Nummer, und in ihrer heutigen ruft
ihre Direktor Berger aus: „französisches Volk, nicht in zehn Jahren
bedroht dich die Gefahr. Nicht in fünf Jahren. Nicht in drei Jahren.
Sondern in zwei Jahren. Sondern in einem Jahr. Ja, im
kommenden Herbst, o französisches Volk, wirst du
dich dem deutschen Volke gegenüberfinden im
Verhältnis von drei bewaffneten Männern gegen
einen. Hast du diese Gefahr wohl überdacht, die größte, die du
während deiner ganzen Geschichte kennst...“ Wenn auch die
übrigen bürgerlichen Blätter diesen melodramatischen Ton nicht an-
nehmen, so drückt doch ihre Sorge um die Selbstständigkeit, um die
nationale Unabhängigkeit Frankreichs unerbittlich durch.

Die französische Regierung hat übrigens nicht lange auf sich
warten lassen. Der Temps konnte eine längere Rede veröffentlichten,
deren halbhoftlicher Charakter unverständlich war. Darin wird ein
gewaltiges neues Militärprogramm angekündigt, das angeblich schon
seit drei Wochen beraten wurde, d. h. seitdem man Kenntnis hatte
den bevorstehenden deutschen Aufrüstungen. Dem Temps zu-
folge beabsichtigt die Regierung von der Kammer sofort die dringende
Reformen etwa 80 Millionen Franc zu fordern. Ein zweiter Kredit
für über eine halbe Milliarde befragt werden würde, sollte mit-
dem noch vor Ostem verlangt werden zur Durchführung einer An-
zahl von Reformen in der Bewaffnung. Außerdem sei der Kriegs-
minister beauftragt worden, dem Ministerrat nächste Woche einen
Plan vorzulegen zu der als notwendig erachteten Vergrößerung des
Mannschaffsbestandes der Armee. Zum Schluß sprach der Temps
die Vermutung aus, daß man im Kriegsministerium sich schon zur
Wiedereinführung der allgemeinen dreijährigen Dienstzeit bekannt
habe. Von diesen Mitteilungen ist bisher nur die letzte bemerkt
worden, und zwar durch den Ministerpräsidenten Briand, der sagte